



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Woche ist der Landtag von Nordrhein-Westfalen in seiner ersten Plenarwoche im neuen Jahr zur 114. und 115. Sitzung zusammengekommen. Am Mittwoch ging es u. a. in einer Unterrichtung der Landesregierung um das Thema „Lage und Ausblick zur Corona-Pandemie in NRW nach den Bund-Länder-Beratungen“. In einer anschließenden Aktuellen Stunde gab es einen Austausch über die Impfstrategie der Landesregierung.

Derzeit werden die Impftermine für die Bevölkerungsgruppe der über 80-jährigen vereinbart. Was dabei allerdings nicht hilft, ist, wenn die Opposition zum Start der Impftermin-Vergabe nur darauf wartet, schon nach wenigen Stunden ihre Pressemitteilungen zu Versagen und Chaos in die Welt zu setzen. Wenn nach gut drei Tagen über 442.000 Menschen konkrete Termine für Erst- und Zweitimpfung erhalten haben, ist das kein Chaos, sondern ein großer Erfolg. Gesundheitsminister Laumann hatte von Anfang an darauf hingewiesen, dass es haken würde, wenn eine Million Menschen zeitgleich einen Impftermin haben wollen.

Am Plenardonnerstag ging es bei mehreren Anträgen um die Schulpolitik in NRW. Ab dem 1. Februar können Schüler aller Klassen von Stufe 1 bis 13 auch in den Schulen am Distanzunterricht teilnehmen, wenn sie zu Hause nicht das Umfeld dafür haben. Anschließend ging es u. a. um den Entwurf für ein „Gesetz zur parlamentarischen Absicherung der Rechtsetzung in der COVID-19 Pandemie“ der Regierungsfraktion.

Seit fast einem Jahr prägt die Corona-Pandemie unser Leben maßgeblich in Deutschland und somit auch unser Leben im Kreis Warendorf. Seit fast 3 Monaten leben wir im Lockdown. Seit 6 Wochen im harten Lockdown mit eingeschränkten Kitas, leeren Schulen, geschlossenen Geschäften sowie weitreichenden Einschränkungen. In den kommenden Tagen sind die Impfungen in unseren Altenheimen in NRW abgeschlossen. In der ersten Februarhälfte starten im gesamten Bundesland alle Impfzentren.

Unser täglicher Einsatz gegen die Pandemie kostet viel Kraft und ist eine sehr große Belastungsprobe. Wir können die Pandemie überwinden! Wir brauchen dazu allerdings weiterhin gesamtgesellschaftlich Durchhaltevermögen, Solidarität, Disziplin – und auch Geduld.

Wir Rückfragen stehe ich Ihnen mit meinem Team jederzeit gerne zur Verfügung. Aufgrund des aktuellen Lockdowns ist das Angebot der persönlichen Bürgersprechstunde derzeit nicht möglich. In den Monaten Februar und März werde ich daher telefonische Bürgersprechstunden im Kreis anbieten. Die Termine werden rechtzeitig über die Presse, über die sozialen Netzwerke sowie über meine Internetseite bekanntgegeben. Bleiben Sie zuversichtlich und gesund!

Ihr Daniel Hagemeier MdL

Gedenktag für Opfer des Nationalsozialismus

Am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus hat Landtagspräsident André Kuper ein entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus gefordert. Es gelte, wehrhaft gegenüber all jenen zu bleiben, die mit Worten und Waffen Menschen jüdischen Glaubens angreifen, sagte Kuper am Mittwoch im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf. „Wir bleiben standhaft gegenüber denen, die Hetze und Hass auf den Straßen, in den sozialen Netzwerken und auch in politischen Reden verbreiten.“ Anlass war der jährliche Gedenktag zur Erinnerung an die Befreiung der Überlebenden des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch Soldaten der Roten Armee. Die Landtagsabgeordneten gedachten der Opfer des Nationalsozialismus mit einer Schweigeminute. Zahlreiche Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion, darunter auch Daniel Hagemeier, nahmen an der Aktion „#WeRemember“ in sozialen Netzen teil.



Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Landtag stellt weiter „epidemische Lage“ fest

Der nordrhein-westfälische Landtag hat für weitere zwei Monate eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ für das Bundesland festgestellt. Damit hat die Landesregierung weiterhin außerordentliche Befugnisse zur Bekämpfung der Corona-Krise. Sowohl die Regierungsfractionen von CDU und FDP als auch die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen stimmten am Mittwoch für ihren gemeinsamen Antrag. Darin heißt es u.a., die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland werde vom RKI weiterhin insgesamt als hoch eingeschätzt, für Risikogruppen als sehr hoch.

Laschet verteidigt Start der Impfterminvergabe

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet hat den holprigen Start der Terminvergabe für Corona-Schutzimpfungen gegen Kritik verteidigt. Anders als in anderen Bundesländern sind in Nordrhein-Westfalen alle Menschen ab 80 Jahren per Brief angeschrieben und über die Terminvergabe informiert worden. Laschet: „Es ist doch lebensfremd zu glauben, dass das gut geht, wenn alle gleichzeitig zum Hörer greifen.“ Zum Start der Terminvergabe waren am Montag die Anmelde-Webseiten und Hotlines geradezu überrannt worden. Gleichwohl sind in den ersten beiden Tagen jeweils zwei Impftermine an rd. 275.000 Impfwillige in NRW vergeben worden, Stand Donnerstag waren es fast 450.000. In den nächsten Tagen werden alle der rund eine Million Menschen ab 80, die sich impfen lassen wollen, einen Termin vereinbaren können.

NRW ermöglicht Distanzunterricht in Schulräumen

Schüler aller Klassen von Stufe 1 bis 13 können ab dem 1. Februar auch in den Schulen am Distanzunterricht teilnehmen, wenn sie zu Hause nicht das Umfeld dafür haben. Das kündigte Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am Donnerstag im Landtag an. Bisher standen im Corona-Lockdown die Schulen nur für Notbetreuungen von Schülern der Klasse 1 bis 6 offen. Die Teilnahme an dem erweiterten Angebot werde den Eltern odervolljährigen Schülern durch die Schulleitung unterbreitet. Den Schülern werde die Möglichkeit gegeben, am Distanzunterricht in Räumen der Schule „unter Aufsicht des nicht am Distanzunterricht beteiligten schulischen Personals teilzunehmen“.

„Corona-Ausbildungsjahrgang“ verhindern

Die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat einen Antrag ins Plenum des Landtages mit dem Ziel eingebracht, die praktische Berufsorientierung auch in Zeiten von Corona zu unterstützen. Dazu erklärt der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für das Handwerk, Matthias Goeken: „In aller Munde ist derzeit die durch Corona bedingte Situation an den Schulen in Nordrhein-Westfalen und die Frage, wie wir eine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler durch die Pandemie verhindern können. Doch wir müssen auch den logischen nächsten Schritt tun: Diese jungen Menschen dürfen auch bei ihrem anschließenden Eintritt ins Berufsleben keine Benachteiligung erfahren. Tatsächlich aber ist es für viele von ihnen schwierig, angesichts abgesagter Schnuppertage und gecancelter Betriebspraktika eine Wahl für die Zeit nach dem Abschluss zu treffen. Deshalb soll der Landtag die Landesregierung beauftragen, sich hier im Dialog mit Schulen und den Partnern im Ausbildungskonsens verstärkt einzubringen. Wir müssen einen ‚Corona-Ausbildungsjahrgang‘ verhindern – auch in dieser Krise sollen junge Menschen selbstbewusst, optimistisch und orientiert den Schritt aus der Schule in ihre Zukunft gehen können.“

Das Handwerk ist größtenteils gut durch die Krise gekommen und bietet jungen Menschen Perspektiven. Schulen, Berufskollegs und Betriebe sind jetzt besonders gefordert, diese Perspektiven deutlich aufzuzeigen. Wir wollen die Digitalisierung auch in diesem Bereich voranbringen und neue Wege der Berufsorientierung sowie des Matching-Prozesses zwischen Lehrstätte und Lehrling erproben. Es muss aber auch Möglichkeiten geben, ausgefallene Praxisphasen nachzuholen. Zudem wollen wir Kampagnen der Kammern und anderer berufsständischer Organisationen für die duale Ausbildung unterstützen, um die Optionen, die hier gerade jetzt geboten werden, präsent zu machen. Der Fachkräftemangel ist nicht vorüber, nur weil wir uns in einer Pandemie befinden.“

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Mehr Kapazität und mehr Qualität für die Ganztagsbetreuung

Ganztägige Betreuungsangebote an den Schulen in Nordrhein-Westfalen fördern nicht nur die zur Normalität gewordene Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern, sondern sind ein wichtiger Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land. Deshalb ist es besonders für die Zeit nach der Corona-Krise mit ihren vielen Herausforderungen für Schülerinnen und Schüler wichtig, die Infrastruktur in der Ganztagsbetreuung noch schneller als bisher auszubauen. Zu diesem Zweck haben sich Bund und Länder auf ein Investitionsprogramm geeinigt, mit dem insgesamt 750 Millionen Euro in die deutschen Grundschulen fließen sollen. Jetzt steht fest: Für die Schulen im Kreis Warendorf stehen aus diesem Programm insgesamt knapp 3 Millionen Euro für den Ausbau der Kapazitäten und der Qualität in der Ganztagsbetreuung zur Verfügung.

Dazu erklären die heimischen Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und Henning Rehbaum: „Die Anfragen an uns als Landespolitiker in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt: Die Gemeinden als Schulträger sind bereit und warten auf diese Investitionsmittel für die Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Die Förderrichtlinie schafft jetzt Planungssicherheit. Den Kommunen und dem Kreis Warendorf stehen insgesamt 2.986.300 Euro zur Verfügung, um neue ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote an den Grundschulen aufzubauen oder die Qualität bei bestehenden Ganztagskonzepten zu stärken.

Viele Schülerinnen und Schüler sind während der Pandemie ins Hintertreffen geraten, weil sie unter erschwerten Bedingungen zu Hause statt im Klassenverband und mit ihrer Lehrerin oder ihrem Lehrer in der Schule lernen mussten oder müssen. Insbesondere an den Grundschulen, wo der direkte Kontakt, persönliche Beziehungen und Geborgenheit noch sehr wichtig sind, wiegen solche Einschnitte schwer. Deshalb ist es goldrichtig, jetzt hier zu investieren und den Grundstein dafür zu legen, dass es nach der Corona-Krise bessere Bedingungen für die Betreuung unserer Jüngsten gibt.“

Hintergrund:

Bund und Länder haben zur Abmilderung der Corona-Folgen eine Verwaltungsvereinbarung für das Investitionsprogramm in den Ganztagsausbau geschlossen. Von den insgesamt 750 Millionen Euro stehen Nordrhein-Westfalen nach dem Königsteiner Schlüssel gut 158 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung, die durch das Land sowie die Kommunen vor Ort jeweils um knapp 34 Millionen Euro ergänzt werden. Förderanträge der Schulträger sind bis zum 28. Februar bei den Bezirksregierungen einzureichen.

Förderung der Ganztagsbetreuung

**In den Kreis Warendorf fließen
knapp 3 Millionen Euro!**

Davon erhalten die Kommunen im Nordkreis:

Beelen 68.700 Euro
Ennigerloh 186.000 Euro
Everswinkel 102.600 Euro
Oelde 283.300 Euro
Ostbevern 130.900 Euro
Sassenberg 156.600 Euro
Telgte 225.300 Euro
Warendorf 378.600 Euro

Daniel Hagemeyer MdL



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Landtag beschließt Änderung des Wahlgesetzes

Als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Hauptausschuss stand Daniel Hagemeyer am ersten Plenartag



des neuen Jahres am Rednerpult. Tagesordnungspunkt war die Änderung des Landeswahlgesetzes: künftig werden die 128 Stimmbezirke nicht mehr nach der Einwohnerzahl, sondern nach der Zahl der dort wohnenden Wahlberechtigten eingeteilt. Außerdem werden dem Landeswahlausschuss für die Landtagswahlen künftig zwei Richter des Oberverwaltungsgerichts angehören. Für die entsprechende Änderung des Landeswahlgesetzes stimmte die Regierungskoalition aus CDU und FDP. SPD und AfD stimmten dagegen, die Grünen enthielten sich. Vor dem Hintergrund der andauernden Corona-Pandemie traf der Landtag auch Vorsorge für die NRW-Landtagswahl im Mai 2022. Im Fall höherer Gewalt wie Naturkatastrophen dürften Parteien dann Kandidaten ausnahmsweise auch ohne eine Aufstellungsversammlung benennen.

Hilfe in Corona-Zeiten kommt auch aus dem Verkehrsministerium

Den Helfern helfen. Das Gesundheitspersonal leistet enorm wichtige Arbeit. Egal ob ins Krankenhaus, ins Alten- oder Pflegeheimen oder zur Rettungswache – der Weg zur Arbeit soll gesichert sein auch in der Corona-Krise. Daher hat das Verkehrsministerium das Förderprogramm für kostenfreie Mietwagen bis zum 31. März verlängert. Diejenigen, die kein Auto haben, können sich zunächst eins für einen Monat mieten. Mehr zum Programm sowie Antragsformulare gibt es hier: <https://www.mobil.nrw/mietfahrzeugeprogramm.html>

Zugleich wirbt Verkehrsminister Hendrik Wüst bei den Kommunen für sein Schulbus-Programm: damit sollen mehr Schulbusse fahren, damit sich die Kinder und Jugendlichen besser verteilen. Diese Coronaschutz-Maßnahme unterstützt das Land mit mehr als 33 Millionen Euro. In einem Brief an die Kreise und Kommunen hat Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) jetzt noch einmal für das Programm geworben. Er versichert für die laufenden Planungen zur Vorbereitung der Rückkehr in den Präsenzunterricht, dass die Landesregierung weiterhin die Entzerrung des Schülerverkehrs zu 100% finanzieren wird. Das Angebot gilt sowohl für die Anmietung zusätzlicher Buskapazitäten, als auch zusätzliche Fahrten bereits eingesetzter Busse.

**Kostenfreie Mietfahrzeuge
für Gesundheitspersonal***



***Verlängerung des Förderprogramms des
Verkehrsministeriums bis zum 31. März 2021**

CDU

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Besuch nach der Kommunalwahl bei Bürgermeister Wolfgang Pieper

Weniger Veranstaltungen, weniger Treffen in Gruppen, doch einen intensiveren Kontakt zu den Bürgern, den haben sowohl der Telgter Bürgermeister Wolfgang Pieper (Grüne) als auch der Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer (CDU) in den vergangenen Monaten während der Pandemie registriert. Jetzt trafen sich die beiden zusammen mit dem Telgter CDU-Fraktionschef Christoph Boge, um sich über landespolitische Vorgänge, aber auch Telgter Themen auszutauschen.

Die Situation in seiner Stadt mit hohen Inzidenzzahlen in den vergangenen Wochen schilderte Pieper. Es ist eine „quälende Situation, in der viele Akteure auf dem Zahnfleisch gehen“, sagte er. Er sei jedoch seinem Team im Haus und dem Kreisgesundheitsamt dankbar für die gute Arbeit. Zudem freue er sich über die „große Hilfsbereitschaft“ in der Stadtgemeinschaft. Er registriere den Willen, die Krise zu bewältigen.

Daniel Hagemeyer erläuterte die Strategie der Landesregierung. Bewusst werde mit den Altenheimen beim Impfen gestartet, da dort 50 bis 60 Prozent der Sterbefälle registriert würden. Derzeit ginge man den nächsten Schritt an und impft die besonders von COVID-19 betroffenen Beschäftigten in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern. Im Februar starten wir in den 53 Impfzentren mit Personen, die über 80 Jahre alt sind. Bis zum Spätsommer/Herbst werde jedem Bundesbürger ein Impfangebot gemacht werden können. Aber wir dürfen nicht vergessen: Die Geschwindigkeit der Impfungen bestimmen weiterhin die zur Verfügung stehenden Impfdosen, sagte er.

„Ich bin dankbar dafür, dass wir die Strukturen und den Impfstoff haben“, betonte Pieper.

„Ich halte die Strategie der Landesregierung für grundsätzlich richtig“, unterstrich er. Einig waren sich die beiden, dass nicht alles kaputt geredet werden sollte.

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) und die Kostenlast, die bei den Kommunen für die Geduldeten liege, sprach Pieper ebenso an wie den im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Ausbau der B 51 zwischen Telgte und Handorf. Daniel Hagemeyer, mit dem Thema gut vertraut unter anderem durch ein Treffen mit der Bürgerinitiative sowie guten Kontakten zum Verkehrsministerium, versprach, Rücksprache mit dem Verkehrsministerium zu halten. Zu dem Thema Flüchtlinge merkte Hagemeyer an, dass bei den Kosten für die Aufnahme von geflüchteten Menschen die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 110 Millionen auf 657 Millionen steigen.

„Es ist für mich wichtig, dass unsere Kommunen verlässlich planen und investieren können“, betonte der Landtagsabgeordnete. Die Rekordsumme von 13,6 Milliarden Euro an Zuweisungen an die Kommunen – für Telgte ein Plus von 155 000 Euro – trügen dazu ebenso bei wie die 2,72 Milliarden Euro, mit denen die coronabedingten Mindererinnahmen bei den Gewerbesteuern ausgeglichen würden. Telgte erhielt davon gut 5,29 Millionen Euro. Eine Investitionsquote von 10,3 Prozent des Haushalts (Ausgaben von gut 84 Milliarden Euro) sei die höchste Quote in NRW in den vergangenen 25 Jahren, merkte Hagemeyer an. Mit dem Landeshaushalt 2021 setzen wir Schwerpunkte bei den Ausgaben für Bildung und Familien, für die Bekämpfung von Kriminalität, für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen, unserer Krankenhäuser und der Infrastruktur des Landes.“





Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

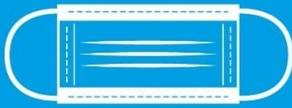
CDU

NRW Fraktion

Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken

GILT AB
25. JANUAR 2021

In öffentlichen Verkehrsmitteln, in Geschäften oder Arztpraxen gilt die Pflicht zum Tragen von **medizinischen Masken.**



✓ OP-Maske



✓ FFP2 oder
KN95/N95-Maske



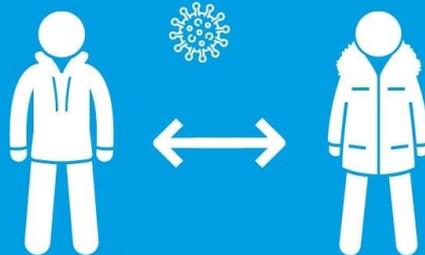
✗ Alltags-
Stoffmaske

LAND.NRW



Kontaktbeschränkungen verlängert

Die **geltenden Kontaktbeschränkungen*** werden **bis zum 14. Februar 2021** verlängert.



*1 Haushalt + 1 Person

LAND.NRW



Abschied von der Alltagsmaske in NRW

Sie sind sicherer, in der Nutzung aber auch teurer als ein normaler Mund-Nasen-Schutz: Medizinische Masken nach dem Standard FFP2. Für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist das Modell der neue Alltagsbegleiter. Masken nach FFP2 oder KN95-Standard sind in Nordrhein-Westfalen seit Montag Pflicht in Bussen und Bahnen, Supermärkten, Arztpraxen und Gottesdiensten. Der bisherige Name Alltagsmaske für einen Mund-Nasen-Schutz aus Stoff wird dadurch irreführend. Denn tatsächlich wird für viele die medizinische Maske zum Alltag. In der neuesten Coronaschutz-Verordnung des Landes wird den Spezialmasken ein langer Passus gewidmet. Unter anderen heißt es dort auch: „Soweit Kinder unter 14 Jahren aufgrund der Passform keine medizinische Maske tragen können, ist ersatzweise eine Alltagsmaske zu tragen“. Kinder bis zum Grundschulalter sind weiter von der Maskenpflicht ausgenommen.

Wo man keine OP- oder FFP2-Maske tragen muss, gelten weitgehend die bisherigen Regeln für „normale“ Masken. Die muss man zum Beispiel weiter auf Spielplätzen benutzen oder auf dem Supermarkt-Parkplatz. Galten bislang Stoffmasken als ausreichend, um das Corona-Virus zu bremsen, hat die Politik nun Angst vor den extrem ansteckenden Mutationen. Gegen sie sollen die OP-Masken oder FFP2-Masken schützen, die besonders dicht sind. Was die Bußgelder angeht, gilt vorerst weiter der alte Katalog: Demnach muss man z.B. bei einem Maskenverstoß in Bus oder Bahn 150 Euro zahlen.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Förderung für Drohnen mit Wärmebildkameras zur Rehkitzrettung

Das NRW-Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz startet ab sofort mit der Ausschreibung für das Förderprogramm zur Beschaffung geeigneter Drohnen mit Echtbildübertragung und Wärmebildkamerasystemen zur Rehkitzrettung. Es setzt damit einen Antrag von CDU und FDP um, mit dem die NRW-Koalition junge Rehe besser schützen möchte. Die von CDU und FDP über den Haushalt 2021 beantragte Förderung für die Wärmebilddrohnen kann nun beginnen. Damit ist ein weiterer Schritt zu mehr Tierschutz in Nordrhein-Westfalen getan. Frühzeitig können nun über die nordrhein-westfälischen Kreisjägerschaften Anträge beim LANUV gestellt werden. Insgesamt stehen 200.000 Euro dafür zur Verfügung. Die Förderquote beträgt maximal 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Das bereits im Vorfeld registrierte überaus große Interesse an diesem Förderprogramm zeigt einmal mehr, dass Jäger und Landwirte gemeinsam für den Artenschutz eintreten wollen. Es zeigt auch, dass die voranschreitende Technisierung die Landwirtschaft auch in anderen Bereichen effizienter und sicherer machen kann und wird.

Hintergrund:

Die besonders gefährdeten Rehkitze werden bei Mäharbeiten trotz einiger durch die Landwirtschaft getroffener Vorkehrungen hin und wieder übersehen. Deshalb kommt es regelmäßig zu Unfällen, bei denen die kleinen Rehe häufig schwer verletzt werden und sterben. Landwirte und Jäger arbeiten bereits Hand in Hand, um diese Gefahr zu minimieren. Ein erfolgreicher Trend ist die Unterstützung durch den Einsatz von Drohnen, die mit einer Wärmebildkamera ausgestattet sind. Mit diesen können die Flächen überflogen und abgesucht werden, bevor sie gemäht werden. Im Anschluss holen freiwillige Helfer der Hegeringe und Landwirtschaft die so aufgespürten Tiere aus den Wiesen. Das Förderprogramm ist abrufbar unter <https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/foerderprogramme>

Wir wollen eine Atempause für Familien

Die NRW-Koalition von CDU und FDP stellt eine Million Euro an Haushaltsmitteln bereit, um damit ein Sonderprogramm für Familienerholung zu finanzieren. Dazu erklärt der familienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Kamieth: „Dieser Haushaltsposten für Familienerholung war ein Herzensanliegen für mich als Familienpolitiker und für die gesamte CDU-Fraktion. Ich bin stolz, dass es uns gelungen ist, diese Summe für eine Sache bereitzustellen, die aktuell so wichtig ist wie selten zuvor: Erholung für besonders belastete Familien. Unser Ziel: Mit einer Million Euro wollen wir insgesamt rund 1000 Wochen Urlaub für Familien mit beispielsweise mehreren Kindern und Alleinerziehende finanzieren, die sich sonst keine Auszeit von ihrem oft besonders stressigen Alltag leisten könnten. Unser Ziel ist es dabei, dass der geförderte Urlaub – sobald er wieder möglich sein wird – in Nordrhein-Westfalen stattfindet. So profitieren auch unsere hiesigen Familienerholungsstätten. Das Familienministerium hat dankenswerterweise umgehend gemeinsam mit der NRW-Koalition den Dialog mit Praktikerinnen und Praktikern aufgenommen, um die Förderbedingungen praxisorientiert zu erarbeiten und so einen unbürokratischen Zugang zum bereitstehenden Geld zu ermöglichen. Wir alle wollen keine Zeit verlieren, damit betroffene Familien nach dem Lockdown die Chance haben, rasch eine sicher bitternotige Atempause einzulegen. Ich hoffe, dass wir auf diese Weise vielen Kindern und ihren Eltern – vielleicht zum ersten Mal – eine schöne, unbeschwerte Zeit miteinander bieten können, die sie sich sonst nicht hätten leisten können.“

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Modellprojekt zur Erfassung der britischen Virusmutation in NRW gestartet

In den letzten Wochen mehrten sich die weltweiten Berichte zu weiteren Varianten von SARS-CoV-2. Dazu zählen insbesondere die neue sogenannten britische SARS-CoV-2 Variante (B.1.1.7), die zunächst in Großbritannien beobachtet wurde und sich dort rasch verbreitet hat, und die südafrikanische Variante (B.1.351). Aufgrund der bislang weitgehend Unklarheit über die Verbreitung der verschiedenen Virusmutationen in Nordrhein-Westfalen hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das Modellprojekt „Molekulare Surveillance von SARS-CoV-2-Varianten in NRW“ gestartet, das deren Verbreitung möglichst schnell und umfassend erfassen soll. Leiter des mit rund 200.000 Euro geförderten Projekts ist Professor Alexander Mellmann vom Institut für Hygiene des Universitätsklinikums Münster. Universitäre Projektpartner sind zudem Professor Alexander Dilthey vom Institut für Medizinische Mikrobiologie und Krankenhaushygiene und Professor Jörg Timm vom Institut für Virologie des Universitätsklinikums Düsseldorf.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann erklärt dazu: „Mir ist es ein besonderes Anliegen zu untersuchen, ob sich die Varianten in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich verbreitet haben, beispielsweise in den Grenzregionen zu den Niederlanden. Noch diese Woche wird damit begonnen, rund 1.000 positive SARS-CoV-2 Proben insbesondere aus dieser Region zu sammeln und auszuwerten.“ In den Niederlanden gilt die Variante B.1.1.7 bereits als verbreitet und dies mit steigender Tendenz. Es wird davon ausgegangen, dass die Virusmutation ansteckender ist als die ursprüngliche SARS-CoV-2 Variante.

„Ich freue mich über diese kurzfristige Zusammenarbeit von universitärer Medizin in Kooperation mit einigen großen Laboren. Das Modellprojekt wird ein gemeinsamer Kraftakt, der aber notwendig ist, um über die gegenwärtige Verbreitung der SARS-CoV-2-Mutationen näheren Aufschluss zu bekommen. Glücklicherweise können wir aber auf bereits bestehenden Strukturen und Kooperationen zurückgreifen“, so Professor Alexander Mellmann.

Das Projekt ist eine Punktprävalenzstudie. Das heißt, es soll vor allem die Frage beantwortet werden, in welchem Umfang in Nordrhein-Westfalen bereits SARS-CoV-2-Varianten wie beispielsweise die Variante B.1.1.7 oder B.1.351 zu einem bestimmten Zeitpunkt vorkommen. Zudem soll geklärt werden, ob es neben den bekannten noch weitere Virusvarianten gibt.

Bisher sind in Nordrhein-Westfalen elf Fälle einer SARS-CoV-2 Infektion mit der B.1.1.7 Variante sowie drei Fälle einer Infektion mit der B.1.351 Variante bekannt, die anhand einer Gesamtgenomsequenzierung nachgewiesen wurden. Weitere Verdachtsfälle liegen aufgrund spezifischer PCR-Untersuchungen vor bzw. werden derzeit sequenziert.

Gemäß Infektionsschutzgesetz ist ergänzend zum Untersuchungsbefund das Typisierungsergebnis ein übermittlungspflichtiger Bestandteil der SARS-CoV-2 Meldung, somit wird das Typisierungsergebnis auch dem RKI bekannt.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*